

BD / Motion Friedl-St.Gallen (20 Mitunterzeichnende) vom 26. April 2011

Solarpanel-Offensive für den Kanton St.Gallen

Antrag der Regierung vom 16. August 2011

Umwandlung in ein Postulat und Gutheissung

mit folgendem Wortlaut: «Die Regierung wird eingeladen, im Rahmen einer Ergänzung des kantonalen Energiekonzepts für den Teilbereich Strom dem Kantonsrat Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen, welche kantonalen Massnahmen sie zusätzlich zu den Massnahmen des Bundes als sinnvoll erachtet und welche Instrumente sie als geeignet ansieht, um die sparsame und effiziente Verwendung von Strom sowie den Anteil Strom aus erneuerbaren Quellen im Kanton St.Gallen zu stärken.»

Begründung:

Im Rahmen der geplanten Ergänzung des kantonalen Energiekonzepts soll ein Bericht zur künftigen kantonalen Strompolitik erarbeitet werden. Der Bericht soll auch konkrete Massnahmen zur Umsetzung dieser Politik enthalten. Dabei werden insbesondere die Möglichkeiten zur Förderung des Solarstroms genauer geprüft. Weiter will die Regierung die Zusammenarbeit mit den Akteuren und insbesondere mit den Elektrizitätsversorgungsunternehmen verstärken und im Rahmen der gegebenen rechtlichen Möglichkeiten geeignete Massnahmen umsetzen.

Hinsichtlich der in der Motion konkret geforderten Solarpanel-Initiative hält die Regierung zwei Punkte ausdrücklich fest: Erstens lehnt sie eine flächendeckende Photovoltaikförderung im Kanton St.Gallen ab. Eine wirksame kantonsweite Einspeisevergütung oder Überbrückungsbeiträge würden voraussichtlich zusätzliche jährliche Mittel im Umfang von mehreren Millionen Franken erfordern. Dies erachtet die Regierung angesichts des angespannten kantonalen Finanzrahmens als nicht angemessen. Darüber hinaus erachtet die Regierung eine kantonale Einspeisevergütung aber auch als nicht angezeigt, solange diese Frage auf Bundesebene noch nicht entschieden ist. Zweitens lehnt die Regierung weiterhin auch eine kantonale Abgabe auf den Strom zur Finanzierung von Förderungsmassnahmen ab. Die bereits früher dargelegten Gründe sind unverändert gültig (vgl. S. 35 f. des kantonalen Energiekonzepts [40.07.07] und die Antwort zur Motion 42.03.18 «Stromsparmassnahmen»).